

Einmal registriert, von allen akzeptiert –SAFE (Secure Access to Federated E-Justice)

Referenten: Herr Ehrmann, Justizministerium Baden-Württemberg und Herr Wöhrmann, Oberlandesgericht Düsseldorf

Herr Ehrmann begann den Vortrag mit einem Überblick über die zunehmende Bedeutung des elektronischen Rechtsverkehrs und nannte als Beispiele etwa das Online-Banking, das elektronische Mahnverfahren sowie die weitreichende Gleichstellung von Schrift- und elektronischer Form im Gesetz.

Als Problem der elektronischen Kommunikation benannte er das Identity- und Access-Management, also die Frage danach, wer auf welche Anwendungen zugreifen kann und, wer die notwendigen Berechtigungen besitzt. Mit zunehmender Bedeutung des elektronischen Rechtsverkehrs und der häufigen Notwendigkeit der Registrierung von Nutzern der jeweiligen Portale stelle sich immer mehr die Frage nach einem standardisierten Datenaustausch und einer einheitlichen Verwaltung der Daten. Deren Ziel sei es, dass die Daten nur von einer Stelle erfasst, geprüft und geändert würden und eine Nutzung für möglichst viele möglichst problemlos erfolgen könne. Als Zielgruppe wurden in erster Linie professionelle E-Justice-/E-Government-Kommunikationspartner, also Behörden, Anwälte, Notare etc., genannt. In zweiter Linie solle die Plattform aber auch der Bürger-Behörden-Kommunikation dienen.

Am Beispiel des elektronischen Handelsregisters erläuterte Herr Ehrmann die Nachteile der bestehenden Systeme. Die hier verwendete Software „EGVP“ weise insbesondere zwei Schwächen auf: zum einen gebe es mittlerweile zu viele Nutzer der EGVP, was Probleme bei deren Registrierung bereite. Zum anderen habe es keine offenen Schnittstellen.

Diesen Defiziten sollten mit der Entwicklung von SAFE entgegengewirkt werden. Schnell sei eine zentrale Registrierung gegenüber einem dezentralen Konzept favorisiert worden, um eine vernünftigen Datenverwaltung gewährleisten zu können.

Die Konzeption von SAFE wurde anhand von Grafiken plastisch dargestellt und im Einzelnen wie folgt beschrieben:

- Es ist ein Projekt im Rahmen von Deutschland-Online zur Realisierung einer wirtschaftlichen Kommunikationsinfrastruktur für das E-Government.
- Es definiert ein technisches Rahmenwerk für eine interoperable und sichere Nutzung digitaler Identitäten über administrative Domängengrenzen (Trust-Domain) hinweg.
- Es setzt auf dem Webservice-Stack von OASIS und W3C (OSCI 2.0) auf und profiliert einige Standards zur Verbesserung der Interoperabilität.
- Es ermöglicht die Kapselung bestehender Identity-Infrastrukturen durch standardisierte Schnittstellen.
- Es ist zweistufig aufgebaut: generische, Fachdomänen-übergreifende Schnittstellendefinition einerseits, justiz-spezifische Ausprägung mit Erweiterungen zur Ablösung des aktuellen Registrierungsservers andererseits.

Das Verfahren bietet den Referenten zu Folge erhebliche Erleichterungen für die Nutzer: ein solcher, z. B. ein Notar, könne sich bei der Bundesnotarkammer anmelden. Über die Trust-Beziehung der Notarkammer zur Trust Domain Deutsche Justiz sei keine weitere Registrierung notwendig. Dieses System sei auch europaweit über weitere Trust-Domains denkbar.

SAFE adressiert vornehmlich zwei Funktionsblöcke: die Authentifizierung von Nutzern innerhalb einer Trust-Domain und über die Trust-Domains hinweg auf Basis von Security-Token sowie den Verzeichnisdienst (Webservice-Schnittstelle zur Abfrage von Daten (Attributen) zu Identitäten mit differenzierter Sichtbarkeit). Die Attribute würden aufgeteilt werden in unterschiedliche Gruppen: Kernattribute, wie Name und Adresse, spezielle und sonstige Attribute. Je nach Verfahren würden nur bestimmte Informationen gebraucht; werde beispielsweise nur die e-mail-Adresse zur Identifizierung benötigt, so würden auch nur diese Informationen geliefert werden. Die Erklärung der Funktionsweise erfolgte wiederum anhand mehrerer Grafiken.

Grob- und Feinkonzept des Projektes liegen vor. Auf dieser Basis sei bereits im Juni 2008 ein Showcase für die Wirtschaft gestartet. Unter www.justiz.de sind die darin enthaltenen fünf Dokumente veröffentlicht. Eine EU-weite Ausschreibung solle im November 2008 erfolgen. Dann sei eine weitere Abstimmung mit der Wirtschaft und dem Datenschutz erforderlich.